

Hier und Heute  
[13.04.2007]

Infrastruktur-Karussell wird angestoßen - Paasch: »Lehrerberuf attraktiver machen« - Radwanderweg von Aachen bis Luxemburg

## Eupener Regierung läutet zweite Halbzeit ein

Von Boris Cremer

**»Das Schiff liegt auf Kurs«, sagt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) mit Blick auf die zweite Hälfte der laufenden Legislaturperiode. Im Gegensatz zu Mannschaftssportlern gönnen sich die vier Minister an der Klötzerbahn zu Halbzeit keine Verschnaufpause.**



Die Regierung im April 2007: »Die Hälfte der Fahrtzeit ist um.« Zeichnung: H. Schwarze-Blanke

Gleich zwei Regierungserklärungen vor dem Gemeinschaftsparlament (PDG) sind in diesem Jahr vorgesehen. Die erste fällt auf den 23. April, wenn das PDG eine erste Anpassung des laufenden Haushalts diskutieren wird, eine zweite Regierungserklärung folgt dann Ende September.

»Am 23. April werden wir vor allem über Infrastrukturpolitik und Durchforstung sprechen«, kündigte Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) an. Dabei will die Gemeinschaftsregierung erste Details zum vorgesehenen »Infrastruktur-Karussell« in Eupen bekannt geben. Die zentralen Rollen spielen in diesem Zusammenhang die Autonome Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Pater-Damian-Schule.

Doch auch die geplante Fusion der Autonomen Übungsschule an der Monschauerstraße mit der Städtischen Grundschule Unterstadt (SGU) im Schilsweg gewinnt an Fahrt. »Die Verhandlungen zwischen Deutschsprachiger Gemeinschaft und Stadt Eupen sind weiter fortgeschritten«, betonte Unterrichtsminister Oliver Paasch (PDU-PDB). Die beiden Schulträger seien sich vor allem darin einig, dass es gelte, diese Fusion so schnell wie möglich zu vollziehen. Damit sei aber noch nicht für das Schuljahr 2007-2008 zu rechnen, so Paasch. Diskutiert wird nach wie vor die Standortfrage. »Wir haben der Stadt das Gelände der Autonomen Hochschule, die ohnehin umziehen wird, vorgeschlagen«, so Paasch. Sicher sei, dass die fusionierte Schule an einem der beiden jetzigen Standorte zu stehen komme und dass sie in die Trägerschaft der Stadt Eupen fallen werde. Mit Blick auf die anstehende Haushaltsanpassung sagte Lambertz, es stünden »keine gravierenden Veränderungen« an.

Lambertz verwies darauf, dass die Wallonische Region der DG zusätzliche Verschuldungskapazitäten (560000 Euro) übertragen habe, »wodurch bestimmte Auszahlungen der Gemeinschaft zügiger erfolgen können«. Grundsätzlich hielt Lambertz fest, dass die aktuelle Haushaltspolitik den Prognosen der letzten Jahre entspreche, »was für die Zuverlässigkeit der neuen Buchführungs- und Haushaltsinstrumente spricht«.

Eine große Unbekannte sei in diesen Wochen und Monaten die anstehende Staatsreform, so Lambertz. Mit Zufriedenheit hat er die Erklärung der Föderalregierung zur Verfassungsrevision registriert. »Im Gegensatz zur Version des Dokuments von 2003 findet die Deutschsprachige Gemeinschaft darin Erwähnung in Zusammenhang mit der konstitutiven Autonomie«. Dass in der Erklärung nicht die Rede von einer Umstrukturierung der Provinzen sei, stellt für Lambertz »keine Überraschung« dar.

Tourismusminister Bernd Gentges (PFF) kündigte für die zweite Hälfte der Legislaturperiode eine Qualitätsoffensive im Fremdenverkehr an. Zentraler Bestandteil ist dabei eine durchgängige Radverbindung zwischen Aachen und Luxemburg durch Ostbelgien. »Bereits Ende 2007 werden Radfahrer über das Netz der Radwanderwege von Weismes nach Luxemburg gelangen können«, erklärte Gentges.

Gegenstand der Regierungserklärung am 23. April im Gemeinschaftsparlament wird auch die Durchforstung des Haushaltes sein. »Die Durchforstung ist mittlerweile abgeschlossen. Die Ergebnisse liegen in Form eines umfassenden Dokuments vor«, so Lambertz. Der Regierungschef stellt fest, »dass wir einige Dinge anders handhaben sollten als bisher«, aber auch, »dass wir uns als Deutschsprachige Gemeinschaft neu aufstellen müssen«. Das große Schlagwort sei in diesem Zusammenhang 'Kooperation', zum Beispiel in den Bereichen Wirtschaftsförderung und häusliche Pflege. Die Durchforstung habe auch aufgezeigt, dass die Gemeinschaft ihren Umgang mit den Personalkosten überdenken müsse. In diesem Zusammenhang verwies die Ministerriege auf Verhandlungen mit den Gewerkschaften in Hinblick auf ein Tarifabkommen für die Bereiche Verwaltung und Unterricht. »Wir haben den Personalvertretern ein letztes Angebot vorgelegt und hoffen nun auf eine Einigung«, so Lambertz.

Den direkten Zusammenhang zwischen diesem Tarifabkommen und der Durchforstung des Gemeinschaftshaushaltes machte Unterrichtsminister Paasch an einem Beispiel deutlich: »Im Schulwesen gab es bisher ganze 121 Tarife. In unserem Entwurf sind nur noch vier davon vorgesehen.« Paasch verwies vor diesem Hintergrund auf eine Erhöhung der Einstiegsgehälter für Lehrer. Die Bezüge von Berufsanfängern würden um zehn Prozent angehoben. »Wir können von Glück sagen, dass uns der Lehrermangel noch nicht vor ernsthaftere Probleme gestellt hat. Aber das kann schnell der Fall sein. Deshalb müssen wir den Lehrerberuf rechtzeitig aufwerten und ihn für Berufseinsteiger attraktiver machen«, so Paasch.